



## Zwischen Verfassung und Respekt

**D**ie gute Nachricht vorweg: Mit dem Gesetzentwurf des Senats wird die 2019 im Tarifvertrag der Länder ausgehandelte Tarifierhöhung von insgesamt acht Prozent bei einer Laufzeit von 33 Monaten auf die Beamten in Bremen übertragen. Die Erhöhungen der Besoldungsbezüge werden zeit- und inhaltsgleich auf die Versorgungsempfänger übertragen und die Anwärtergrundbeträge werden jeweils zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um 50 Euro erhöht.

„Das ist das beste Ergebnis seit vielen Jahren und ein guter Tag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, feierte Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di und Verhandlungsführer der Gewerkschaften, das Tarif-



ergebnis. Stimmt! Und doch bleibt für die Beamtinnen und Beamten in Bremen ein fader Nachgeschmack.

Tarif und Besoldung lassen sich nur bedingt vergleichen. Im Tarifbereich stehen sich Leistung und Gegenleistung, also Arbeit und Lohn gegenüber. Forderungen können notfalls mit Arbeitsk Kampfmaßnahmen durchgesetzt werden. Dagegen ist die Besoldung des Beamten kein Entgelt für bestimmte konkrete Dienstleistungen, sondern eine „Gegenleistung“ des Dienstherrn dafür, dass sich der Beamte ihm mit seiner ganzen Persönlichkeit zur Verfügung stellt. Besoldung und Versorgung sind also nicht das in Verträgen festgehaltene

Ergebnis von Verhandlungen, sondern sind gesetzlich zu regeln. In den vergangenen Jahren hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen die unteren Grenzen der Besoldung festgelegt.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass die im Bereich TV-L beschlossenen Erhöhungen durch Sockelbeträge und durch zusätzliche Anpassungen der ersten Gehaltsstufe wegen rechtlicher Hindernisse (Verletzung des Abstandsgebotes) nicht übertragen werden können. Da aber allein die Summe der Sockelbeträge höher ist als die lineare Besoldungsanpassung, weicht die Besoldung in den unteren und selbst mittleren Besoldungsgruppen (A 9 bis zur Stufe 6 und A 10 bis zur Stufe 4) deutlich vom Tarifergebnis ab.

Weil aber die Eingangsbesoldung nicht überproportional angehoben werden kann, ergibt sich ein weiteres verfassungsrechtliches Problem. Die Alimentation der untersten Besoldungsgruppe muss 15 Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegen. Die unterste Besoldungsgruppe ist in Bremen A 3, allerdings sind ihr keine Ämter zugeordnet. Tatsächlich beginnt die Besoldung mit der Besoldungsgruppe A 4. Nachdem wir an dem Gesetzesentwurf Kritik geäußert haben, ist der Senat uns gefolgt und hat nach der Besoldungsanpassung für das Jahr 2019 einen Besoldungsabstand von 16,1 Prozent errechnet. Was so nüchtern klingt, birgt eine erhebliche Brisanz. So steht fest, dass die Mindestalimentation im Jahr 2018 ernsthaft in Gefahr war. Und es ist zu erwarten, dass die Besoldungsanpassung in 2021 nicht ausreichen wird, die Steigerung des Grundsicherungsniveaus auszugleichen.

Doch die Probleme sind nicht mit der aktuellen Besoldungsanpassung entstanden. Der Fehler lag in reduzierten Übernahmen der Tarifergebnisse in den vergangenen Jahren. Damit reicht das beste Tarifergebnis seit vielen Jahren nicht aus, um die Besoldung langfristig zu sichern. Eine zusätzliche lineare Anhebung der Be-



Heinfried Keithahn

soldung und Versorgung hätte die Angelegenheit erledigt. Traurig, dass der Senat am Ende der Legislaturperiode die Probleme ungelöst hinterlässt.

Aus dem Blickwinkel des Polizeivollzugsdienstes betrachte ich die Besoldungsanpassung nicht nur kritisch, sondern mit völligem Unverständnis.

Der Senat will zeitgleich mit der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge, beispielsweise durch die Anhebung der Lehramtsbesoldung und die Ruhefähigkeit von Funktions-Leistungsbezügen von Professorinnen und Professoren, den öffentlichen Dienst in Bremen attraktiver gestalten. Doch das gilt wohl nicht für die Polizei. Wie sonst ist es zu erklären, dass die Polizeizulage immer noch nicht an die Feuerwehrzulage angepasst wurde? Mit der Besoldungsanpassung 2017 wurde unter anderem die Justiz- und Feuerwehrzulage, nicht aber die Polizeizulage angehoben. Der mündlichen Zusage von Angehörigen des Senats, dies spätestens mit der jetzigen Besoldungsanpassung auszugleichen, wurde nicht gefolgt. Damit wird das fatale Signal ausgesandt, dass die Tätigkeit von Polizeivollzugsbeamten weniger anspruchsvoll ist. Dabei ist

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

schon für das Jahr 2019 zweifelhaft, ob die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei tatsächlich erreicht werden kann und schon heute ist erkennbar, dass für 2020 deutlich weniger Bewerber zur Verfügung stehen werden.

Die Polizeizulage nicht anzuheben, konterkariert nicht nur die Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Bremen. Das ist auch nicht nur eine geringere Bezahlung, das ist vor allem fehlender Respekt vor unserer Arbeit. Dieser Stachel sitzt tief und es bleibt zu hoffen, dass die nächste Regierung ihn schnellstens entfernt.

**Heinfried Keithahn**

## TERMIN

**Redaktionsschluss** für die **Juli-Ausgabe 2019**, Landesjournal Bremen, ist der **4. Juni 2019**.

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**

Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

# GdP-Vize Radek: Ausreisepflicht darf nicht vor Strafe schützen

**Berlin.** Der Verzicht auf ein Strafverfahren bei ausreisepflichtigen Tätern muss nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die absolute Ausnahme bleiben. „Wie fühlen sich Opfer und deren Angehörige, wenn Täter statt einer empfindlichen Haftstrafe hierzulande zugunsten einer schnelleren Ausweisung und ohne den Richter gesehen zu haben, in ihr jeweiliges Heimatland rückgeführt werden?“, unterstrich der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek vor einer Kabinettsitzung, auf der über einen Gesetzentwurf für eine konsequentere Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern aus Deutschland abgestimmt werden sollte.

Skeptisch zeigte sich der Gewerkschafter bei der Überlegung des Gesetzgebers, Schutzsuchende mit Leistungskürzungen unter das Existenzminimum zu belegen. Das sei mit dem Sozialstaatsprinzip nicht in

Übereinstimmung zu bringen. Außerdem würden solche Kürzungen Kriminalität erheblichen Vorschub leisten, betonte der GdP-Vize.

Als positiv bezeichnete Radek, dass vorhandene Hemmnisse in der Zusammenarbeit, bei den Verfahrensabläufen und im Informationsfluss im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Ausreisepflicht abgebaut werden sollen. Er forderte zugleich, Schutzberechtigte mit und ohne Flüchtlingsstatus bei sogenannten Rechtskollisionen und deren ausländerrechtlichen Folgen gleich zu behandeln.

Das Erweitern der Rückführungszuständigkeit der Bundespolizei sowie deren dann neue Verantwortung für ein zehntägiges Ausreisegewahrsam auf Flughäfen und an Grenzübergängen werden dem Gewerkschafter zufolge, der auch dem GdP-Bezirk Bundespolizei vorsteht, als verfassungsrechtlich unzulässig abgelehnt.

## Respektkampagne

**Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt angesichts deutlich zunehmender Übergriffe auf uniformierte Einsatzkräfte die neuerliche Respektkampagne des Bundesinnenministeriums. „Meine Kolleginnen und Kollegen erleben fast täglich Situationen, in denen ihnen unvermittelt brutale Gewalt entgegenschlägt“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek am Dienstag in Berlin. „Wenn Beamtinnen und Beamte heutzutage beispielsweise im Dienstatag um Ausweise bitten, müssen sie damit rechnen, mit Fäusten geschlagen oder gefährlichen Werkzeugen angegriffen zu werden. Da es auch immer öfter vorkommt, dass Radmuttern privater Fahrzeuge unserer Kolleginnen und Kollegen gelockert werden, ist das Maß über voll. Das jetzige politische Signal ist dringend notwendig, da üble Beleidigungen oder körperlicher Widerstand schon fast zur Tagesordnung der Poli-

zistinnen und Polizisten gehören“, betonte Radek am Rande des Kampagnenauftritts.

Wer Polizeibeamtinnen und -beamte angreife, so Radek weiter, attackiere den Staat. Die Politik habe das verstanden und die Strafen für solche Übergriffe spürbar erhöht. „Was die Angreifer offensichtlich immer noch nicht verstanden haben, ist, dass sich hinter der Uniform Mütter, Väter, Töchter, Söhne, Freunde, Nachbarn, also Menschen verborgen. Menschen, die die schwierige Aufgabe übernommen haben, unseren Rechtsstaat zu schützen“, betonte der GdP-Vize.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 verzeichnet 11.704 tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen. Auf einen Tag gerechnet sind dies 32 Fälle, sogar 94, wenn man den sogenannten Widerstand gegen die Staatsgewalt dazurechnet.



# Beamten-Info



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Bremen

## Sachstand Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2019 – 2020 - 2021 im Bundesland Bremen

Tarifergebnis und Anpassung der Besoldung und Versorgung sind nicht vollständig zu trennen. Da lohnt sich ein Blick zurück.

### Das Tarifergebnis vom 2. März 2019

Vorgesehen ist eine Laufzeit vom 01. Januar 2019 bis zum 30. September 2021. Dabei werden die Tabellenentgelte in drei Stufen angehoben:

Zum 1. Januar 2019

- Anhebung der Stufe 1 um 4,50 %
- Anhebung der sonstigen Tarifentgelte um 3,01 %
- Erhöhung mindestens jedoch 100 Euro
- = Gesamtvolumen der Erhöhung 3,2 %

Zum 1. Januar 2020

- Anhebung der Stufe 1 um 4,30 %
- Anhebung der sonstigen Tarifentgelte um 3,12 %
- Erhöhung mindestens jedoch 90 Euro
- = Gesamtvolumen der Erhöhung 3,2 %

Zum 1. Januar 2021

- Anhebung der Stufe 1 um 1,80 %
- Anhebung der sonstigen Tarifentgelte um 1,29 %
- Erhöhung mindestens jedoch 50 Euro
- = Gesamtvolumen der Erhöhung 1,4 %

50 Euro mehr monatlich gibt es für Auszubildende und Praktikanten jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020.

Die Tarifierhöhung von insgesamt 8 Prozent verteilt sich also nicht gleichmäßig auf alle Tarifstufen, sondern wird insbesondere durch die Sockelbeträge überproportional auf die unteren Stufen verteilt.

Sehr schnell hat sich der Bremer Senat darauf verständigt, den Tarifvertrag zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung in Bremen zu übertragen und hat den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften am 10. April 2019 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

### Der Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung

Wie angekündigt wurde die zeitgleiche Übernahme eingehalten. Die Anhebungen erfolgen also immer zum 1. Januar des jeweiligen Jahres. Die Anwärterbezüge wurden dem Tarifergebnis entsprechend angehoben und es wurden auch keine Einschnitte bei der Versorgung vorgenommen.

Die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses bereitet jedoch Probleme, da die neuste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine Übertragung der Sockelbeträge in der ausgehandelten Form nicht zulässt.

In der Gesetzesvorlage verzichtet der Senat daher auf die Sockelbeträge und hebt die Besoldung linear um das Gesamtvolumen an und zwar um

- 3,2 % zum 1. Januar 2019
- 3,2 % zum 1. Januar 2020 und
- 1,4 % zum 1. Januar 2021.

Das ist nicht unproblematisch, weil die verfassungsrechtlich geforderte Mindestalimentation (Eingangsbesoldung A4 muss mind. 15 % über Grundsicherungsniveau liegen) in Gefahr gerät.

### Unsere Stellungnahme

Der DGB hat bereits nach fünf Tagen am 15. April 2019 die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf abgegeben.

1. Mit der Anhebung der Besoldung und Versorgung in der vorgelegten Form sind wir einverstanden. Wir fordern jedoch weitere Verbesserungen:
2. Um die Mindestalimentation zu sichern und Nachteile bei der Besoldungs- und Versorgungsanpassung aus den vergangenen Jahren auszugleichen sollte eine zusätzliche lineare Anhebung um 2,0 Prozent zum 1. Januar 2019 erfolgen.
3. Mit der Besoldungsanpassung 2017 wurden lediglich Feuerwehr- und Justizzulage angehoben, nicht aber die Polizeizulage. Das muss ausgeglichen werden und wir haben die Anhebung auf 150 Euro monatlich gefordert.
4. Nicht zuletzt haben wir eine stärkere Anhebung der Zulage für besonders belastende Dienste im Polizeivollzug gefordert und zwar auf
  - 5,00 Euro je Stunde und auf
  - 6,50 Euro je Stunde von 20 - 06 Uhr für Freitag- und Samstagnachtdienste, sowie an Tagen vor gesetzlichen Feiertagen

### Wie geht es weiter?

Der Senat wird die Einwände prüfen und dann soll der endgültige Gesetzentwurf am 8. Mai 2019 in der Bürgerschaft beraten und verabschiedet werden.



# Senator für Inneres erhält „Gelbe Karte(n)“

Frageaktion der letzten Personalversammlung ausgewertet

**A**nlässlich der Personalversammlung im Dezember 2018 hatte der Personalrat auf den Sitzen im Congress-Centrum bedruckte gelbe Karten ausgelegt. Sie boten den Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Erwartungen an die Politik und die Behördenleitung aufzuschreiben und in die vorgesehenen Boxen am Ein- und Ausgang einzuwerfen.

Auch jene Kolleginnen und Kollegen, die nicht an der Personalversammlung teilnehmen konnten, erhielten später noch die Möglichkeit, eine Karte auszufüllen. Im Intranet konnte die „Gelbe Karte“ heruntergeladen werden.

Der Personalrat wertete die ausgefüllten Karten aus. Hier ist das Ergebnis:

### Häufigste Nennungen zum Problemfeld Bezahlung

- Bundeseinheitliche Besoldung/Bezahlung – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Deckungsgleiche Bewertung und Besoldung – Abbau der Unterdeckung

- Wiedereinführung bzw. Erhöhung von Weihnachts- und Urlaubsgeld
- Erhöhung der Polizeizulage und deren Ruhegehaltsfähigkeit

### Häufigste Nennungen zum Problemfeld Gesundheit:

- Sofortige Wiedereinführung der altersgerechten Personalentwicklung (APE)
- Schaffung einer Dienststelle für Mediation, Supervision und Coaching
- Altersteilzeit für alle Beschäftigten
- Vorsorgekuren für alle Beschäftigten im Schicht- und Wechsel schichtdienst

### Häufigste Nennungen zum Problemfeld Ausstattung:

#### Sachausstattung:

- Moderne Diensthandys
- Bessere IT-Ausstattung (insbesondere im Hinblick auf die Geschwindigkeit)
- Verbesserung der Fahrzeugausstattung in allen Bereichen

#### Raumausstattung:

- Sanitäre Anlagen/WC/Duschen (Anzahl/Standard)
- Sporträume/gut ausgestattete Kraft räume an allen Standorten/SV-Halle

- Sanierung/Modernisierung maroder/alter Gebäude
- Ausreichend Räume für die Ausbildung (Sachstand zur Umsetzung des Kapazitätskonzeptes HfÖV)

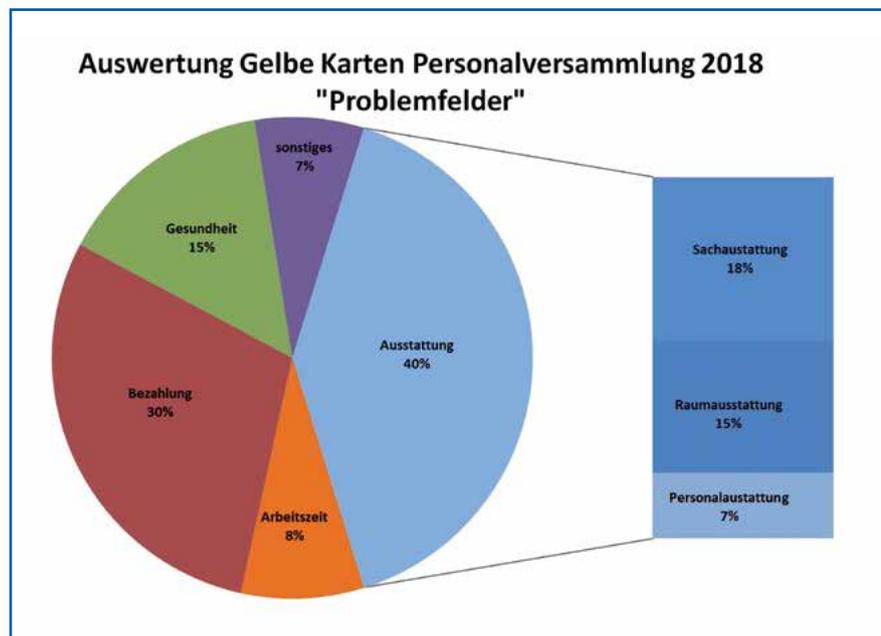
#### Personal:

- Aktualisierung der Personalberechnung in allen Bereichen und personelle Verstärkung
- 3.000 vollausgebildete PVB-Vollzeitstellen
- Kontinuierlich hohe Einstellungen

### Häufigste Nennung zum Problemfeld „Arbeitszeit“:

- Planungssicherheit der Dienstpläne
- Keine Erhöhung der Wochenendbelastung
- Ausgewogenes Verhältnis der Dienstschichten

Am Mittwoch, 10. 4. 2019, übergab der GdP-geführte Vorstand des Personalrats dem Senator für Inneres die ausgefüllten Karten mit den genannten Problemfeldern. Überwiegend handelt es sich um solche, die von der GdP schon wiederholt thematisiert worden sind. Deshalb machten die GdPler Herrn Mäurer auch nochmal deutlich, dass aus einer „Gelben Karte“ bekanntlich auch ganz schnell eine „Rote Karte“ werden könne, wenn keine Verbesserungen eintreten.



## SENIOREN

# Monatstreffen

### Bremerhaven

Dienstag, 11. Juni 2019, 16 Uhr,  
Ernst-Barlach-Haus, Am Holz-  
hafen 8

### Bremen

Donnerstag, 13. Juni 2019,  
15.30 Uhr, Grollander Krug



PERSONALRATSARBEIT



V. li. n. re.: Lutz Jurkschat, Oliver Thies, Nils Winter, Dierk Stahl, Senator für Inneres Ulrich Mäurer, Jens Bley

GdP-SERVICE-GMBH

25 Euro  
incl. Seemannsbuffet, Boarding-Drink,  
Musik, Verlosung u. v. m.  
Ab sofort Tickets reservieren in der  
GdP-Geschäftsstelle  
Tel. 0421-9495850  
bremen@gdp.de

**GdP Ahoi!**

Maritime Sommerparty an Bord  
der „Alexander von Humboldt“  
Freitag 02.08.19 ab 17 Uhr

# Zukünftig Rufbereitschaften in der Kriminalpolizei?

**K**urz vor Ostern traf sich die **Fachgruppe Kriminalpolizei wie in jedem Jahr in Tossens am Jadebusen, um über aktuelle Themen zu diskutieren, Neuigkeiten auszutauschen und um das kollegiale Miteinander zu stärken.**

Auch wenn durch die Fenster des Tagungsraums Sonnenschein drang, beim traditionellen Deichspaziergang in der Mittagspause wehte ein kräftiger Wind bei relativ frischen Temperaturen. Aber auch das trug dazu bei, wie drei Tage Bildungsurlaub genießen zu können.

Nach unserer mentalen Einstimmung am Montagmorgen, stellte sich am Nachmittag der **Leiter der Kriminalpolizei, Herr Dr. Heinke**, den Fragen und kritischen Anmerkungen anwesender Mitglieder der Fachgruppe Kriminalpolizei.

Kurzweilig, aber auch eindringlich, stellte Herr Dr. Heinke seine Vorstellungen und Visionen für die Zukunft der Kriminalpolizei/LKA vor.

Themen wie Rufbereitschaften, Nichtvollzug und Analysten wurden ebenso intensiv diskutiert wie Abweichungen von der Kernarbeitszeit und Kombistellen. Nicht immer fand man Gleichklang, aber oft Verständnis füreinander. Besonders intensiv diskutiert wurde die etwaige Ausweitung von Rufbereitschaften, wie auch die Möglichkeit, die Qualifizierung zum Polizeilichen Ermittler direkt in die HfÖV-Ausbildung zu implementieren. Bezüglich der Rufbereitschaften machte auch unser teilnehmender **Landesvorsitzende Lüder Fasche** deutlich, dass

dies für die GdP unter den derzeitigen Rahmenbedingungen, wie etwa der 1:8-Vergütung, absolut nicht vorstellbar ist.

Sicherlich ist der Leiter K mit einem breit gefächerten Stimmungsbild wieder in Richtung Heimat gefahren, ohne am zum Abendessen reichlich gedeckten Tisch Platz zu nehmen.

Noch am selben Abend bei Kaltgetränken wie auch am Dienstagmorgen wurde dann noch einmal über das am Montag Dargestellte disku-

Bildungsurlaubs nicht zu kurz. Fachgespräche an täglich wechselnden Tischbesetzungen, der Saunabesuch einiger Teilnehmer wie auch der erwähnte „Blick überm Deich“ sind wichtige Aspekte für ein nachhaltiges Seminar, das wie auch in den vorherigen Jahren den berechtigten Titel „Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“ trug.

Nicht die zuletzt perfekte Verpflegung und liebevolle Betreuung des Hauses Nöckel trugen wieder einmal



**Die Seminarteilnehmer stellten ihrem Leiter der Kriminalpolizei/LKA viele bohrende Fragen, insbesondere zum Thema Rufbereitschaften.**

tiert, bevor der Landesvorsitzende im Anschluss seinen gewerkschaftlichen Situationsbericht präsentierte.

Auch dieser Vormittag verging wieder wie im Flug, immer begleitet von einer Menge Kaffee, obgleich für jeden Anwesenden hochinteressant.

Die im nächsten Jahr anstehende Personalratswahl wurde natürlich auch thematisiert, Fragen zum Wahlprozedere, zur Listenaufstellung und zu Wahlhelfern wurden erörtert.

Neben all den Dienstthemen kamen aber auch soziale Aspekte eines

zum guten Gelingen bei. Vielen Dank dafür.

Auch im nächsten Jahr würde ich mich freuen, wieder viele, gern auch neue Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Bereichen der Kriminalpolizei im Seminar begrüßen zu können. Mir hat es, wie auch in den Jahren zuvor, sehr viel Spaß gemacht. Auch wenn ich seit letztem Jahr ja in meiner neuen Rolle als Fachgruppenvorsitzender dabei bin.

**Lutz Jurkschat**



## WECHSEL AN DER SPITZE

# Stefan Burhop neuer Geschäftsführer der GdP-Service-GmbH

**D**ie GdP-Service-GmbH wurde 1996 gegründet. Ihre Aufgabe ist es, GdP-Mitgliedern und ihren Familienangehörigen verschiedene Leistungen von Partnerunternehmen zu besonders günstigen Konditionen anzubieten. So haben alle Mitglieder der GdP in Bremen und Bremerhaven die Gelegenheit, ein breit gefächertes Serviceangebot zu nutzen und somit regelmäßig bares Geld zu sparen.

Dank unserer Partner in der Touristikbranche ist hierbei besonders



David Skupien, Geschäftsführer der GdP-Service-GmbH von 2015–2019.

die Möglichkeit hervorzuheben, Reisen günstiger zu buchen als dies in den allermeisten Reisebüros und auch im Internet möglich ist.

Seit 2015 fungierte David Skupien aus Bremerhaven als Geschäftsführer. Der Diplom-Finanzwirt setzte in seiner Amtszeit recht erfolgreich seinen Schwerpunkt in der Lohn- und Einkommenssteuerhilfe. In diesem Bereich strebt der 36-Jährige nun ein Masterstudium an, das sich aber mit der Geschäftsführertätigkeit nicht mehr verbinden lässt.

„Ohne Beschäftigter der Polizei Bremen zu sein, war es für David

Skupien nicht immer einfach, Zugänge zu finden. Gerade deshalb gebührt ihm unser besonderer Dank“, fand der Landesvorsitzende Lüder Fasche lobende Worte für den scheidenden Geschäftsführer.

Auf der Suche nach seinem Nachfolger wurde man nun, wie schon früher, wieder in den Reihen der Polizei selbst fündig. Der 52-jährige Stefan Burhop war sofort Feuer und Flamme, als ihm die Möglichkeit offeriert wurde. Der gebürtige Bremer ist seit 2017 im Objektschutz der Polizei Bremen tätig. Er trat damals sofort in die Gewerkschaft der Polizei ein und wurde alsbald Teamleiter an seiner Dienststelle.

Die Umstände und Bedingungen der Neu-Mitgliederwerbung hat er also vor noch gar nicht so langer Zeit am eigenen Leib erfahren können. Zu seinen Beweggründen, den Posten des Geschäftsführers der Servicegesellschaft zu übernehmen, meinte Stefan: „Ich bin der Ansicht, dass es wichtig ist, Neumitgliedern sowie Bestandsmitgliedern ein umfangreiches Angebot an Serviceleistungen zu bieten. Heute ist es so, dass man ein guter Dienstleister sein muss, um Mitglieder bei der Stange zu halten. Unsere Mitbewerber machen uns dies vor. Wir sollten dort nicht zurückstehen, sondern vielleicht sogar wieder die Führungsposition übernehmen.“

Stefan kommt aus der Freien Wirtschaft. Er verfügt über eine fast



Zum Amsantritt überreichte der Landesvorsitzende Lüder Fasche (re.) dem neuen Geschäftsführer Stefan Burhop einen Leitfaden zur GmbH-Geschäftsführung.

30-jährige Erfahrung im Vertrieb. So verwundert es nicht, dass Stefan noch jede Menge Potenzial im Bereich Mitgliederservice sieht.

„Sei es die Homepage oder aber auch das Portfolio an Kooperationspartnern, welches ich gerne ausbauen und optimieren würde. Durch mein großes Netzwerk sehe ich dort noch jede Menge Möglichkeiten für die Servicegesellschaft“, erlaubt uns der Angehörige der BP 27 bereits erste Einblicke in das, was uns erwarten könnte.

Wer Ideen und Anregungen für unseren neuen Geschäftsführer hat, kann diese gerne übermitteln.

Die GdP-Service-GmbH ist erreichbar per Mail unter [info@gdp-service-bremen.de](mailto:info@gdp-service-bremen.de), sowie telefonisch unter 04 21/94 95 85-4

Die Homepage der Service GmbH findet ihr unter der Adresse <https://www.gdp-service-bremen.de>



## Das Bremer GdP-Mobil ist da!

**E**in lang gehegter Wunsch vieler Mitglieder ist endlich in Erfüllung gegangen. Wie viele andere Landesbezirke, verfügt nun auch der Landesbezirk Bremen über ein eigenes GdP-Mobil.

Repräsentativ sollte es sein. Kleingruppen und sperrige Gegenstände sollte es transportieren können sowie für die Versorgung und Betreuung von Einsatzkräften geeignet sein. Modern aber günstig war gewünscht.

Nicht zuletzt weil es sich bei der Firma Renault um einen Kooperationspartner der GdP handelt, fiel die Wahl schlussendlich auf einen Renault Trafic, einen 8-Sitzer im auffälligen Design, der all diese Attribute auf sich vereinigt. Natürlich entschieden wir uns für Grün statt Blau. ...

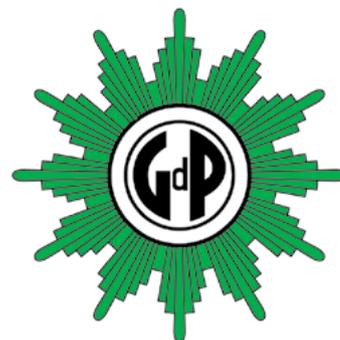
Bereits am 1. Mai kam das neue GdP-Mobil zu einem ersten Testeinsatz und zog bewundernde Blicke auf sich. Insbesondere die kombinierte Silhouette Bremen/Bremerhaven wurde als gelungen



Bei der großen Maiveranstaltung des DGB erstmals im Einsatz: das neue GdP-Mobil

empfunden. Auch die kleine Werder-Raute über dem Weserstadion entzückte, zeigt sie doch die Verbundenheit der GdP Bremen zu Land und (Werder-)Leute.

Das Fahrzeug der GdP Bremen soll allen Mitgliedern nützen. Wie genau, darüber halten wir euch auf dem Laufenden. Als Fotomotiv wird es euch hier bestimmt noch öfter begegnen.



Herr Chandl vom Autohaus Keyssler übergab unserem Landesvorsitzenden Lüder Fasche die Schlüssel für den neuen Renault Trafic.

### LETZTE MELDUNG

#### Übernahme Tarifabschluss für Beamtenbereich beschlossen

**Am 9. Mai um 16.16 Uhr beschließt die Bürgerschaft einstimmig, den Tarifabschluss system- und zeitgleich auf die Beamtschaft und Versorgungsempfänger zu übertragen.**

Ein über alle Fraktionen hinweg einstimmiges Ergebnis in der Bürgerschaft ist ein Novum und ein Stück Anerkennung und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst. Das nehmen wir deutlich wahr und sprechen dafür ein dickes Lob aus.

Über die Zulagen reden wir nach den Wahlen.

